

Stand: 29.03.2024 16:07:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/5794

"Keine Kürzung der Städtebauförderung"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/5794 vom 29.09.2010
2. Beschluss des Plenums 16/5813 vom 29.09.2010
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 29.09.2010

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Kürzung der Städtebauförderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Städtebaumittel auf dem Niveau dieses Jahres fortgeführt werden und
2. die eigenen Komplementärmittel im Rahmen der Städtebauförderung bereit zu stellen.

Begründung:

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung plant für 2011 die Halbierung der Programm-Mittel für die Städtebauförderung von derzeit 591 Mio. Euro. Auch die Mittel zum städtebaulichen Denkmalschutz sollen demzufolge um 50 Prozent gekürzt werden.

Die anvisierte Kürzung der Städtebauförderung auf 305 Mio. Euro für 2011 wäre mehr als schmerzhaft für die Städte und Gemeinden. Gerade in Krisenzeiten sind Investitionen im Baubereich unverzichtbar, um strukturelle und soziale Probleme in einzelnen Wohngebieten erfolgreich anzugehen, preiswerten Wohnraum zu sichern, bzw. neu zur Verfügung zu stellen und industrielle Branchen für urbanes Leben vorzubereiten und instanzzusetzen. Eine derartige Kürzung der Städtebaufördermittel bedeute das Aus für die Projekte der Sozialen Stadt, die gerade jetzt wichtiger denn je geworden sind. Zudem sichert die Städtebauförderung Beschäftigung, insbesondere für den Mittelstand und das lokale Handwerk. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung löst 1 Euro an Städtebaufördermitteln weitere acht Euro öffentliche und private Investitionen aus - insbesondere beim örtlichen und regionalen Baugewerbe und Handwerk. Gerade in der jetzigen Zeit müssen Programme, die in diesem Umfang arbeitsintensive Investitionen nach sich ziehen, aufrechterhalten werden.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/5794

Keine Kürzung der Städtebauförderung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Reinhold Perlak

Abg. Alexander König

Abg. Christine Kamm

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Jörg Rohde

Abg. Thorsten Glauber

Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich jetzt auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FW)

Gegen Leerstand - Für lebendige Orte (Drs. 16/5781)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Reinhold Perlak, Christa Naaß u. a. und Fraktion (SPD)

Städtebauförderung erhalten und Programm "Soziale Stadt" auf hohem Niveau fortführen (Drs. 16/5793)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Kürzung der Städtebauförderung (Drs. 16/5794)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Hanisch. Bitte.

Joachim Hanisch (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was lieben wir an Bayern? - Gerade die CSU betont es in ihren Ansprachen immer wieder: Das sind blühende Orte, liebenswerte Dörfer, eine Kulturlandschaft sondergleichen und gesicherte, alte Bausubstanz. Meine Damen und Herren, vieles davon ist mit Städtebauförderungsmitteln, mit Dorferneuerungsmitteln erreicht worden. Das hat sich bewährt; damit wurde in Bayern wirklich dafür gesorgt, dass wir unsere liebenswerte Heimat in dieser Form erhalten konnten.

Städtebauförderungsmittel stehen aber auf der Kippe, meine Damen und Herren. Sie können zwar sagen: Das Programm wird es weiterhin geben. Aber was nützen mir Städtebauförderungsmittel, wenn der Freistaat nach einer eventuell durchgeführten

Kürzung nur noch mit circa 8 Millionen Euro im Jahr rechnen kann, während er im Jahr 2010 51 Millionen Euro erhalten hat? Das wäre nur noch ein Sechstel der bisherigen Mittel. Eine solche Kürzung hätte verheerende Auswirkungen. Denn die Städtebauförderungsprogramme waren und sind Konjunkturprogramme. Sie wäre verheerend, ganz zu schweigen davon, dass sich viele Gemeinden im ländlichen Raum auf diese Mittel eingestellt haben. Immerhin 72,5 % der Städtebauförderungsmittel werden im ländlichen Raum vergeben.

Meine Damen und Herren, zu Beginn dieser Woche hatten wir eine Tagung zum Thema Flächenverbrauch generell. Viele der anwesenden Bürgermeister und Landräte haben darüber geklagt, dass sie in den Innenstädten immer mehr Leerstand bekommen. Sie sagten, sie seien nur dann in der Lage, das auszugleichen und den Leerstand wieder in Wohnungen umzuwandeln, wenn es Städtebauförderungsmittel gibt und wenn die Kommunen mit staatlicher Förderung in die Lage versetzt werden, solche Gebäude aufzukaufen, zu renovieren, wiederherzustellen und dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, all das ist gefährdet, wenn es die Städtebauförderungsmittel in der bisherigen Form nicht mehr gibt.

Umso verwunderlicher ist es, dass CSU und FDP dem Antrag der GRÜNEN vom 23. Juni in der Sitzung des Innenausschusses am 7. Juli nicht zugestimmt haben. Gestern hatten wir im Europaausschuss den gleichen Antrag; auch dort wurde ihm die Zustimmung verweigert. Meine Damen und Herren, diese Ablehnung wurde in der Sitzung des Innenausschusses fatalerweise damit begründet, das sei keine Angelegenheit für den Bundesrat. Inzwischen hat der Bundesrat getagt, nämlich am 24. September. Er hat aufgrund einer Forderung des Freistaats Bayern einstimmig, also mit Unterstützung des Freistaats Bayern, beschlossen: Bundesregierung, wir brauchen das Städtebauförderungsprogramm in mindestens der gleichen Höhe wie bisher.

Da verwundert es schon, wenn einer solchen Forderung vonseiten dieses Hohen Hauses die Zustimmung verweigert wird. Wir sind natürlich alle der Meinung, dass die Förderung fortgesetzt werden muss. Wenn wir aber dieser Meinung sind, müssen wir unseren Kommunen doch etwas anbieten können, den Kommunen, die geplant haben, die vorbereitende Arbeiten geleistet haben, die Millionen oder zumindest Hunderttausende von Euros ausgegeben haben, um in das Programm hineinzukommen und um ihre Maßnahmen entsprechend vorzubereiten. Wir müssen den Kommunen zumindest für den nächsten Doppelhaushalt, für die Jahre 2011 und 2012, die Sicherheit geben, dass wir dann, wenn der Bund mit seinen Mitteln aussteigt, wenn die Kürzung der Städtebauförderungsmittel tatsächlich kommt, ausgleichend in die Bresche springen und zumindest mithelfen, damit diese Kommunen nicht auf dem Abstellgleis landen.

Meine Damen und Herren, Mittel für die Städtebauförderung sind sinnvoll eingesetzt. Städtebauförderungsmittel sind wirtschaftlich eingesetzt. Sie mildern soziale und wirtschaftliche Probleme, sie fördern - und das lässt sich an vielen, vielen Beispielen nachweisen - bürgerschaftliches Engagement, das Ehrenamt, das Demokratieverständnis und die soziale Integration.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Jede Kürzung dieser Mittel trifft den Bürger draußen, den Menschen vor Ort unmittelbar und die Räume, die Städte im ländlichen Raum.

Deshalb appellieren wir in unserem Antrag: Die Kürzung darf nicht erfolgen. Sollte sie trotzdem erfolgen - das ist Punkt 2 unseres Antrags -, fordern wir im nächsten Doppelhaushalt einen Ausgleich für die Jahre 2011 und 2012. Wir sind gern bereit, über die beiden Nummern des Antrags getrennt abzustimmen, nachdem mir von einigen Zustimmung zu Punkt 1 signalisiert wurde. Erweisen wir uns doch als flexibel; wenn wir mit solchen Kürzungen konfrontiert werden, wenn solche neuen Trends auftauchen, erfordern sie auch neue Spielregeln. Setzen wir ein Zeichen, geben wir den Kommu-

nen unseres Freistaats diese Mittel an die Hand, damit Bayern weiterhin so lebens- und liebenswert bleibt, wie es ist!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Hanisch. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Perlak für die SPD. Bitte schön.

Reinhold Perlak (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Städtebauförderung wurden seit 1971 über 3 Milliarden Euro - diese Zahl muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - an die Kommunen ausgereicht. Die Städtebauförderung war ein Vorzeigeprojekt, das unseren Bürgerinnen und Bürgern in unseren Städten und Gemeinden wirklich geholfen hat. Die aktuelle Planung des Bundesverkehrsministeriums sieht nunmehr eine Halbierung dieser Fördermittel vor; statt einstmals 610 Millionen sollen es nur noch 305 Millionen sein. Die vorgesehene Kürzung - das ist auch von meinem Vorredner schon angedeutet worden - ist mehr als eine dramatische Kürzung und bedroht die Finanzlage der Kommunen ganz massiv, ganz abgesehen davon, dass sie zu keinen Investitionen im Städtebau mehr in der Lage sind.

Es geht also um sehr schmerzliche Einengungen bei kommunalen Investitionen und bei dringend notwendigen Projekten, insbesondere bei solchen, die über mehrere Haushaltsjahre geführt werden und bereits mit Verpflichtungsermächtigungen eingestellt sind. Wie das dann überhaupt bewerkstelligt werden soll, vermag keiner zu beantworten. Und, meine Damen, meine Herren, es bedroht ganz massiv die kommunale Daseinsvorsorge, die für alle Bürgerinnen und Bürger die Lebensgrundlagen sichert.

Bei der Bewältigung des demografischen Wandels, bei der ökologischen Stadterneuerung und ganz besonders in der sozialintegrativen Stadtentwicklung - hierbei erwähne ich ganz besonders das Programm "Soziale Stadt" - würden so die Kommunen völlig alleine gelassen werden, um nicht zu sagen, sie kämen gar nicht mehr in die Lage,

etwas tun zu können. Vieles könnte also nicht mehr realisiert werden, was zur städtebaulichen Entwicklung zwingend notwendig wäre.

Entsprechend laut sind auch die Hilferufe der kommunalen Spitzenverbände mit der Forderung, diese vorgesehene Kürzung nicht vorzunehmen. Das ist durchaus verständlich, wenn man weiß, dass jeder einzelne Euro acht weitere Euro an Investitionskraft auslöst. Man stelle sich einmal diese Impulswirkung vor, und - noch schlimmer - man stelle sich vor, was daraus würde, wenn sie unterbliebe.

Die Städtebauförderung war sozusagen ein Konjunktur- und ein Beschäftigungsprogramm über viele Jahre hinweg, und das kann man nicht so ohne Weiteres einstellen. Ganz abgesehen davon ist sie auch ein Wirtschaftsförderprogramm für die Wirtschaftsunternehmen der Region und damit auch für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Wie schmerzhaft diese Einbußen für die bayerischen Kommunen wären, hat uns auch die Stellungnahme von Baudirektor Langlechner von der Obersten Baubehörde im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit gezeigt - übrigens nachzulesen im Protokoll dieser Sitzung. Demzufolge würden vom neuen Ansatz, also von nur 305 Millionen Euro, überproportional Mittel in Höhe von 242 Millionen Euro in die neuen Bundesländer fließen. Das bedeutet, dass man dort die Förderung beließe zum Nachteil der geringer gewordenen Hilfe für die bayerischen Städte. Das bedeutet also, dass für die alten Bundesländer - ich betone: für alle übrigen alten Bundesländer - insgesamt nur noch 50 Millionen Euro übrig blieben, und für Bayern wären das ganze 8 Millionen Euro im Vergleich zu bisher 51 Millionen Euro. Das ist ein Unterschied, der untragbar ist. Das kann doch nicht ernst gemeint sein, das würde die Kommunen ins Abseits stellen und zur Hilflosigkeit verurteilen.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinsam mit den Sturm laufenden Kommunen - verehrter Herr Innenminister, Sie werden wahrscheinlich paketweise Briefe von den Kommunen bekommen haben mit Hilferufen, dagegen etwas zu unternehmen - -

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

- Sehr schön. Das werde ich noch lobend erwähnen, Herr Minister.

Also, alle Spitzenverbände und fast alle Kommunen - ich kenne keine, die sich dem nicht anschließen würde - sind der Meinung, dass die Staatsregierung alles daran setzen muss, diese Kürzungen zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine inhaltsgleiche Befassung mit der Maßgabe, dass eben keine Kürzungen erfolgen, hat es bereits, wie vom Kollegen Hanisch erwähnt, in den Ausschüssen für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und für Bundes- und Europaangelegenheiten - übrigens erst gestern - gegeben. Bedauerlicherweise, ich muss fast sagen unverständlicherweise, haben die Fraktionen von CSU und FDP beide Male abgelehnt. Weshalb das geschah, konnte nicht begründet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

- Moment, ich sage es Ihnen gleich, Herr König. Ich zitiere Sie wörtlich.

In der ersten Sitzung wurde gesagt, man müsse erst den Bundesrat befragen, und das Land sei gar nicht zuständig, sondern nur der Bund. Letzteres stimmt zwar, aber Interventionen seitens der Länder sind durchaus statthaft und auch ratsam. In der Juli-Sitzung haben Sie außerdem gesagt, dass Sie gar nicht die Absicht hätten, etwas zu unternehmen. Ich verstehe nicht, warum.

Mittlerweile wissen wir allerdings, Herr Kollege König, dass sich der Bundesrat am 24. September damit befasst und einstimmig die Fortführung der Städtebauförderung in den bisherigen Quanten eingefordert hat. Das können Sie überall nachlesen, und ich bin überzeugt, Sie wissen das auch.

Noch unverständlicher wird dann die Art der erwähnten Beschlussfassung, wenn man weiß, dass sich in der Sonderbauministerkonferenz am 3. September - vielleicht wis-

sen Sie von deren Ergebnissen noch gar nichts - die Fachminister aller anwesenden Bundesländer für die Fortführung der Städtebauförderung in den bisherigen Umfängen ausgesprochen und diese gegenüber der Bundesregierung eingefordert haben. Auch das sollte man zur Kenntnis nehmen. Ich hoffe doch, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der CSU- und aus der FDP-Fraktion, dass Sie Ihren Fachminister nicht hängen lassen, denn er hat sich schon dafür ausgesprochen.

Und so konnte ich es gestern noch schwerer verstehen, dass ein noch schwächerer Ablehnungsgrund, nämlich der, dass man vor den anstehenden Haushaltsberatungen nichts sagen und auch nichts unternehmen wolle, ein ausreichender Grund für die Ablehnung eines vernünftigen Antrags sein könnte. Das ist absolut nicht nachvollziehbar. Ich kann Ihnen sagen, dass die Stimmung, die damit hervorgerufen wurde, für Sie nicht gut ist. Ich hoffe, dass Sie das noch korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dabei haben Sie in derselben Sitzung noch betont, dass Sie für die Fortführung dieser Städtebaumittel schwer kämpfen wollen. Ich frage mich: Was ist das für ein Kampf, wenn er noch gar nicht begonnen wird und gar nicht die Absicht besteht, ihn zu führen?

Herr Staatsminister Herrmann, ich bin Ihnen persönlich dankbar, dass Sie sich schon in mehrfachen Bekundungen für die Fortführung der Städtebauförderung eingesetzt haben, und ich hoffe, dass diese Ihre Erklärungen auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen Gehör gefunden haben. Ich darf also hoffen, dass etwas unternommen wird und dass die Anträge, die heute von den GRÜNEN, von den Freien Wählern und von uns mit den gleichen Inhalten gestellt worden sind, angenommen und von Ihnen unterstützt werden. Ich bitte Sie: Tun Sie etwas für die Kommunen und lassen Sie sie nicht im Stich! Anderenfalls würde eine dramatische Entwicklung eintreten, die Bayern nicht vertragen kann.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte! - Danke, Herr Perlak. Zu einer Zwischenintervention hat sich Herr König gemeldet. Bitte.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Perlak, schöne Worte höre ich von Ihnen, auch wenn es Ihnen letztlich um das Schauspiel geht. Das musste ich Ihnen gestern schon sagen, und das ist auch heute wieder so.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na! - Weitere Zurufe von der SPD)

Sie biegen sich die Wahrheit so zurecht, wie Sie sie gern hören wollen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe gestern die Ablehnung des Antrags damit begründet, dass es erstens unseres Erachtens nicht zielführend ist, nochmals in den Bundesrat zu gehen, und dass wir zweitens - und das gilt auch für alle anderen Materien - nicht bereit sind, uns durch Oppositionsanträge Vorfestlegungen bezüglich des zukünftigen Doppelhaushalts auferlegen zu lassen.

(Zurufe von der SPD)

Da bitte ich Sie schon um Verständnis. Der Haushalt muss bei den Haushaltsberatungen gemacht werden und nicht vorab in Oppositionsanträgen. Ansonsten - das haben wir auch betont - treten wir für die Fortführung der Städtebauförderung in maximaler Höhe ein.

Reinhold Perlak (SPD): Gut, Herr Kollege König. Wenn Sie das Ganze als Schauspiel bezeichnen, dann bin ich gern Schauspieler bei diesem Stück. Das sage ich Ihnen schon. Ich kann mir gar nicht vorstellen, lieber Herr Kollege, dass das nicht ernst zu nehmen ist. Was vergeben Sie sich denn, wenn Sie gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass die Städtebauförderung in der bisherigen Höhe weitergeführt wird, so wie das Ihr zuständiger Fachminister getan hat? Das haben wir gerne lobend und anerkennend zur Kenntnis genommen. Warum unterstützen Sie das nicht?

Das kann doch unabhängig von den Haushaltsberatungen stattfinden, Herr Kollege König.

Ich weiß gar nicht, wie Sie behaupten können, ich hätte Sie falsch zitiert. Ich habe Sie wörtlich zitiert, und ich habe aus dem Protokoll der beiden Sitzungen Ihre Wortmeldungen festgehalten.

(Alexander König (CSU): Sie haben die Hälfte weggelassen! - Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Kollegin Kamm zu Wort gemeldet, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Städtebauförderung und insbesondere die Programme der sozialen Stadt sind unverzichtbar, um auf die gegenwärtigen Probleme in unseren Städten und Gemeinden einzuwirken und sie mit einem vergleichsweise geringen Anteil öffentlicher Mittel, aber mit sehr viel Bürgerengagement und Bürgermitwirkung anzugehen. Es besteht bei den durchgeführten Projekten eine außerordentlich große Einigkeit, dass diese unseren Gemeinden sehr gutgetan haben. Die Vielzahl der Veranstaltungen, die zurzeit in unserem Lande stattfinden, zeugt davon.

Wir haben bereits am 23.06. dieses Jahres, als diese unseligen Kürzungsabsichten von Bundesverkehrsminister Ramsauer bekannt geworden sind, den Antrag eingebracht, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass diese Mittel auf dem Niveau des Jahres 2010 fortgeführt werden und dass sich der Freistaat in diesem Umfang mit eigenen Komplementärmitteln an diesen Projekten beteiligt. Der Antrag wurde mit für mich nicht nachvollziehbaren, fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Sowohl im Innenausschuss als auch in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten wurde dieses Thema behandelt; das wurde schon erwähnt. Wir haben den Antrag heute nochmals zu den Beratungen beigezogen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich doch noch anders zu entscheiden und hier den Bundesrat

zu unterstützen und zu stärken, der am 24.09. begrüßenswerterweise einstimmig beschlossen hat, sich dafür einzusetzen, dass diese Mittel in vollem Umfang fortgeführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, folgen Sie der Bundesratsempfehlung und setzen Sie sich aktiv für den Erhalt der Städtebauförderung ein; denn für Bayern wären die Folgen der Kürzung besonders fatal. Auch haben wir im Innenausschuss in einem ausführlichen Bericht gehört, dass vom bisherigen Umfang der Mittel nur noch 8 Millionen Euro übrig blieben, die nach Bayern fließen, sollten die Pläne wie geplant umgesetzt werden. Da reicht es eben nicht, dass nur der bayerische Innenminister und sein Staatssekretär schöne Pressemitteilungen abfassen und in den Regionen gute Veranstaltungen durchführen. Vielmehr müssen Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, auf Ihren Verkehrsminister Ramsauer einwirken, um eine Rücknahme dieser Kürzungsabsichten zu erwirken. Sie müssen ein positives Beispiel für Ihre Bundestagsabgeordneten von CSU, CDU und FDP geben.

Wenn Sie heute gegen die Städtebauförderung stimmen und demnächst auch Ihre Kollegen im Bundestag Ihrem schlechten Beispiel folgen, zerstören Sie ein außerordentlich wertvolles und wichtiges Instrument des Stadtumbaus. Schöne Worte nützen nichts - Sie müssen handeln. Sie dürfen nicht zulassen, dass mit diesem wertvollen Instrument verantwortungslos umgegangen wird. Wir haben schon erste Stimmen aus dem Bundestag gehört, wonach Vertreter der CSU-, der CDU- und der FDP-Fraktion sagen, diese Kürzungen könnten durch ein verstärktes Engagement der Länder aufgefangen werden. Die Länder sollten das Ganze finanzieren, wenn Sie meinten, das sei wichtig. Es ist aber wirklich nicht möglich, dass die Länder überall dort, wo sich der Bund zurückzieht, quasi gleichermaßen einsteigen, sondern der Bund muss seine Aufgaben erfüllen, wie er das auch bisher getan hat. Wir können Bundespolitik nicht vollständig durch Landespolitik ersetzen. Das ist auch der Grund, warum wir sagen, dem zweiten Spiegelstrich des Antrags der Freien Wähler können wir nicht folgen.

(Alexander König (CSU): Das sehen wir genauso!)

Wir können nicht überall dort, wo der Bund seine Hausaufgaben nicht erledigt, einspringen. Gleichermäßen ist es richtig, dass wir alles daran setzen müssen, dieses wichtige Instrument zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CSU und der FDP, ich fordere Sie daher auf: Setzen Sie ein klares Zeichen für die Städtebauförderung. Leisten Sie Überzeugungsarbeit bei Ihren Kollegen im Bundestag! Das kann natürlich nicht gelingen, wenn Sie hier weiterhin in ihrer Neinsagerhaltung verharren, die Sie bisher in den beiden Ausschüssen gezeigt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU bitte ich Herrn Rotter an das Rednerpult.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Oppositionskollegen, mit Ihrer Forderung, die jeweils in Ziffer 1 der drei Anträge enthalten ist, nämlich dass wir uns gegen die beabsichtigte Kürzung der Städtebauförderungsmittel des Bundes aussprechen bzw. die drastische Kürzung ablehnen sollen, besteht voll und ganz Einverständnis. Sie rennen hier bei uns weit offene Türen ein, und das wissen Sie auch. Sie hatten die Gelegenheit, am 23.06.2010 - Frau Kollegin Kamm hat dankenswerterweise darauf hingewiesen - bei der Aktuellen Stunde zum ländlichen Raum, seinerzeit von der SPD-Fraktion beantragt, auch meine Ausführungen anzuhören. Einige haben es vielleicht getan, aber sicher nicht alle. Ich habe damals auf jeden Fall bereits mahnend den Finger gehoben und sehr deutlich darauf hingewiesen, dass dann, wenn diese Kürzungen so kommen, wie es beabsichtigt ist, nämlich von aktuell 533 Millionen Euro - es sind leider schon keine 600 Millionen Euro mehr in diesem Jahr, sondern es ist im laufenden Jahr schon auf zunächst 591 Millionen Euro und dann auf 533 Millionen Euro reduziert worden - auf nur noch 305 Millionen Euro, diese Mittel dann auch noch zu 80 % oder 85 % an die neuen Länder gehen und für

die alten Länder vielleicht noch ungefähr 50 Millionen Euro übrig bleiben. Dann müsste man natürlich die Städtebauförderung einstellen. Darauf habe ich warnend hingewiesen.

Natürlich hat unsere Fraktion die Staatsregierung darin unterstützt und hat sich unser Fraktionsvorsitzender nicht nur an Bundesminister Ramsauer, sondern auch an die CSU-Landesgruppe gewandt, dass das so nicht kommen kann. Sie haben vielleicht auch die Presse der letzten und vorletzten Woche verfolgt, als die Landesgruppe zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung Stellung genommen und gesagt hat, in zwei Punkten habe sie noch intensiven Gesprächsbedarf. Der eine Punkt war die Reduzierung der Städtebauförderung, der zweite Punkt betraf die Ökosteuer für energieintensive Betriebe. Das waren die beiden Punkte, die die CSU-Landesgruppe auch auf unsere Intervention hin ausdrücklich erwähnt hat und wo man gesagt hat, dass Nachbesserungsbedarf bestehe.

Im Übrigen hat uns auch Bundesminister Ramsauer zugesagt, dass er diese erhebliche Kürzung in die Überlegungen einbeziehe. Diese Kürzung hat wohl insbesondere für die Westländer eine dramatische Auswirkung. Die Ostländer werden im Wesentlichen nicht betroffen, weil die Mittel durch den Solidarpakt gebunden sind. Diese Länder bekommen von den 305 Millionen Euro, die dann noch übrig bleiben, ihren fixen Anteil, ebenso wie auch in den vergangenen Jahren. Aber wir im Westen würden unter dieser Kürzung gravierend leiden, wir müssten dafür bluten. Ich habe am 23.06.2010 auch darauf hingewiesen, dass wir mit dem Solidarpakt II und dem Länderfinanzausgleich hier schon weit über Gebühr bezahlen und nicht auch noch durch diese Kürzungen besonders betroffen sein sollen.

Ziffer 1 ist daher überhaupt kein Problem. Die Staatsregierung ist tätig geworden. Sie sind in Ihren Ausführungen darauf eingegangen und haben darauf hingewiesen, dass die Bauministerkonferenz am 03.09.2010 einstimmig beschlossen hat, dass das so nicht kommen kann. Darin sind wir uns selbstverständlich völlig einig.

Etwas anderes ist Ziffer 2 im Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler. Denn wir können dem Bund gegenüber schlecht massiv auftreten und darlegen, was wir alles befürchten, was hier in den Kommunen geschieht. Ich will das nicht wiederholen. Meine Vorredner haben das deutlich gesagt. Ich stehe dahinter. Das ist so; das habe ich hier von diesem Pult aus schon wiederholt erklärt. Aber wir können nicht sagen, das wären die dramatischen Folgen, also nehmt die Kürzung zurück. Und wenn der Bund es dann doch nicht tut, dann zahlen wir es natürlich selber. Es geht nicht, dieses Angebot gleichzeitig zu machen. Dann können die Bundespolitiker mit Recht sagen, auch sie wollten diese Auswirkungen auf die Kommunen nicht, ebenso wenig wie den Ärger mit den Bürgermeistern, aber wenn uns das Land das abnimmt, dann haben wir diese Folgen ja nicht, also bleiben wir bei dieser Kürzung. So kann das nicht funktionieren. Von daher können wir dem natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was im Übrigen die Komplementärmittel aus Bayern anbelangt, so werden wir miteinander dafür kämpfen, dass diese Mittel erhalten bleiben. Das ist überhaupt keine Frage. Wir werden aber erst dann kämpfen, wenn das zur Diskussion steht. Das wird in den Haushaltsberatungen sein, die in ein bis zwei Monaten stattfinden. Dann werden wir uns treffen und herausfinden, was wir tun können, damit wir diese Komplementärmittel erhalten können. Wir können schlecht auf der einen Seite dem Bund Kürzungen vorwerfen und auf der anderen Seite sagen, dass wir unsere Taschen fein geschlossen halten. Aber jetzt ist noch nicht die Stunde dafür gekommen. Wir können auch nicht gegenüber denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die mit großer Berechtigung in anderen Bereichen dafür kämpfen, dass möglichst viel in diesem Haushalt drin ist und möglichst wenig gekürzt wird, sagen, dass wir jetzt eine Vorfestlegung vornehmen. Das haben wir nie getan, auch bei früheren Haushaltsberatungen nicht.

Frau Kollegin Kamm, Sie haben darauf hingewiesen, dass das im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten abgelehnt worden ist. Unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Alexander König

hat in seiner Zwischenintervention dazu Stellung genommen. Das können wir natürlich nicht. In Bezug auf Ziffer 1 sind wir uns völlig einig und ansonsten werden wir miteinander alles dafür tun, dass der Kelch an unseren Kommunen vorübergeht, doch dafür ist heute noch nicht die richtige Stunde.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Rotter, geben Sie mir die Chance, Sie zu fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Frau Kamm gestatten.

Eberhard Rotter (CSU): Ja.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich möchte wissen, ob man, wenn man dafür kämpfen möchte, dass der Bund Fördermittel in bisherigem Umfang fortführt, dies dadurch erreicht, dass man diese Anträge ablehnt. Dass man nicht anstelle des Bundes Erstmittel ausgeben kann, leuchtet mir noch ein. Aber den anderen Spiegelstrichen im Antrag der SPD-Fraktion und in unserem Antrag - wie dem ersten Spiegelstrich im Antrag der Freien Wähler - müssten Sie doch zustimmen können.

Eberhard Rotter (CSU): Zunächst einmal müssen wir den Bund soweit bringen, dass er hier keine Kürzungen vornimmt. Dann ist es unsere Aufgabe, die Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen. Ich bin ganz optimistisch, dass wir das dann auch schaffen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Claudia Stamm (GRÜNE): Dann ist es zu spät!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Rotter. - Bevor ich Herrn Kollege Rohde nach vorne bitte, möchte ich bekannt geben, dass vonseiten der SPD-Fraktion für die Drucksache 16/5793 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Damit die 15-Minuten-Frist eingehalten werden kann, sage ich das jetzt.

Jetzt bitte ich Herrn Rohde für die FDP-Fraktion nach vorne.

Jörg Rohde (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema ist bereits umfangreich vorgetragen worden. Ich schließe mich meinem Vorredner an. Auch wir werden uns Ihnen, was die jeweils ersten Punkte der drei Oppositionsanträge betrifft, wo es darum geht, einen gemeinsamen Schulterschluss zum Thema Städtebauförderung herzustellen, nicht in den Weg stellen, wenn Sie als Oppositionsparteien Beifall für die Positionierung der Staatsregierung klatschen wollen. Eine Möglichkeit wäre, dass Sie Ihre Anträge entsprechend modifizieren, damit wir zu einem gemeinsamen Beschluss kommen. Insofern, danke für die Blumen. Herr Herrmann hat in der Kabinettsitzung vom 21. September für Bayern bereits Position bezogen.

Der Bundesrat - das wurde bereits erwähnt - hat am 24. September in seiner 874. Sitzung einen Entschließungsantrag beschlossen. - Für das Protokoll: Das ist die Bundesratsdrucksache 548/10. Die haben Sie alle gefunden. - Dort ist sozusagen auf der höheren Ebene der Schulterschluss geübt worden, dass sich alle bereiterklären, bei der Städtebauförderung nicht sparen zu wollen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Obwohl Sie es im Landtag abgelehnt haben!)

- Nein, obwohl es gar nicht nötig war, diesen Antrag im Landtag zu beschließen, hat die Staatsregierung diese Position geteilt. Da muss man genau schauen.

Wenn ich aufgrund des Zwischenrufs noch auf den Antrag der GRÜNEN eingehen darf: Auch er ist sehr unkonkret gefasst. Man muss sich schon etwas genauer überlegen, wie man etwas formuliert, wenn man es zur Beschlussfassung vorlegt.

Wir haben schon über verschiedene Zahlen gesprochen. Es waren 610 Millionen Euro. Es ist schon etwas gekürzt worden und es soll noch wesentlich mehr gekürzt werden. Dagegen stellen wir uns alle. Ich möchte aber herausarbeiten, dass wir in diesem Jahr einige Mittel, circa 75 Millionen Euro, mehr haben aufgrund des Konjunkturpakets II. Das Konjunkturpaket war eine einmalige Maßnahme in der Krise. Das haben wir nicht mit hineingerechnet. Wir versuchen, Mittel in Höhe von circa 530 Millionen

Euro für die Städtebauförderung zu erreichen. Das ist nicht das Niveau von 2010, aber eben das Niveau der Städtebauförderung exklusive des Konjunkturpakets.

Wir haben auch schon im Koalitionsvertrag in Berlin entsprechende Formulierungen hinterlegt. Unter "Bauen und Wohnen", heißt es: "Wir werden die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau, aber flexibler fortführen." "auf bisherigem Niveau" ist deutlich über einer Halbierung. Eine solche kann nicht sein. Zwar müssen wir gemeinsam sparen, aber an der richtigen Stelle. Hier werden wir gemeinsam mit den Politikern in München und in Berlin über das Thema Städtebauförderung sprechen. Die CSU-Fraktion hat entsprechende Beschlüsse gefasst; bei der FDP-Fraktion sind Leute mobilisiert, um in Berlin dagegen zu arbeiten, vielleicht herauszufinden, wo die Krux ist und warum die weitergehenden Forderungen von der FDP abgelehnt werden.

Es geht um die fehlende Gegenfinanzierung. Sie haben keinen Vorschlag in die Diskussion eingebracht, wo man stattdessen etwas Geld sparen könnte. Sie alle kennen die Haushaltslage des Bundes und Sie ahnen die Haushaltslage in Bayern. Wir können eben nicht mit überströmenden Steuergeldern rechnen, sondern müssen eher den Gürtel enger schnallen. Deswegen werden wir eine sehr intensive Haushaltsberatung führen. Ich versichere Ihnen als kommunalpolitischer Sprecher: Natürlich kämpfen wir für die Städtebauförderung, für die Kofinanzierungsmittel. In Bezug darauf wird in den Oppositionsanträgen Unterschiedliches gefordert. Jedoch um einen Ausgleich für alles das, was der Bund nicht finanziert, zu finden - das sind, wie wir gehört haben, etwa 43 Millionen Euro -, brauchen wir Gegenfinanzierungsvorschläge von bayerischer Seite.

Die FDP-Fraktion hat heute Morgen ein Gespräch mit dem Bayerischen Städtetag geführt. In den Forderungen, die Städtebauförderung nicht zu kürzen, stimmen wir überein. Ich habe dann gefragt, was wir dem entgegensetzen können. Irgendwo müssen wir einen Beitrag leisten und können das nicht einfach beim Finanzminister abladen. Die Antwort lautete, es seien 50 Vorschläge eingebracht worden, in denen es um Effi-

zizienzsteigerung, gerade im Bereich der Umsetzung der Sozialgesetzbücher, gehe. Das heißt, Sparvorschläge sind vorhanden, die den Kommunen und dem Bund helfen würden, aber es ist ein anderes Fachressort.

Sie ahnen jetzt, welche Politiker miteinander reden müssten: Sozialpolitiker, Finanzpolitiker und Wohnungsbaupolitiker müssten miteinander reden, damit die Städtebauförderung nicht gekürzt wird. Das ist ein schwieriges Geschäft und braucht Zeit. Dies nur als Andeutung, wenn man Gegenfinanzierungsvorschläge macht. Wenn ich an Bayern denke, so wäre mein persönlicher Gegenfinanzierungsvorschlag folgender. Einen Rettungshubschrauber brauche ich in Donauwörth und nicht in Augsburg, dann könnte man im laufenden Betrieb eine Menge Kosten sparen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können in Bayern Vorschläge machen, um Gegenfinanzierung zu erbringen, und dürfen nicht einfach in den Kanon einstimmen nach dem Motto: Wir rufen nach oben, sendet mehr Geld, wir verraten euch aber nicht woher. Hauptsache nicht bei mir sparen. - Von dieser Art haben wir schon sehr viele Stimmen. Ich möchte mich nicht einreihen, sondern mich konstruktiv dezidiert dafür einsetzen, klarzumachen, dass die Städtebauförderung der falsche Streichposten ist. Aber wenn wir da und da hinschauen, können wir auch im Sinne der Haushaltskonsolidierung etwas Entsprechendes erreichen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Jörg Rohde (FDP): Ja, bitte.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege, ist Ihnen entgangen, dass der Bundesbau- und Bundesverkehrsminister, der der CSU angehört, letztendlich große Kürzungs-

kete im Bauressort angeboten hat, aber gleichzeitig den Donauausbau weiterführen möchte und auch im Straßenbereich keine Kürzungsvorschläge unterbreitet hat?

Jörg Rohde (FDP): Ich kann Ihnen die Umkehrung bestätigen. Bei den Recherchen habe ich heute gelesen, dass in den Reihen der CSU-Fraktion ein Umdenken gerade beim Donauausbau, ob das denn in den Planungen enthalten sein muss, stattgefunden hat. Natürlich stellt sich auch die Frage, in welchem Umfang der Donauausbau stattfinden soll. Darüber kann man trefflich streiten. Ich habe aber auch im Protokoll über die Bundesratssitzung gelesen, warum der Bereich Städtebauförderung explizit genannt wurde: Damit im Straßenbau und Verkehrsbereich nicht gekürzt werden musste.

(Zuruf)

Er wurde genannt, damit beim Straßenbau und bei der Verkehrsinfrastruktur nicht gekürzt werden musste. Aus Sicht eines GRÜNEN ist das ein Angriffspunkt - ich kann das auch verstehen -, aber aus Sicht eines Liberalen, dessen Partei einen Wirtschaftsminister stellt und eine Verkehrsinfrastruktur braucht, ist es von der Argumentation her eher nachvollziehbar.

Wir müssen die Argumente austauschen. Ich hoffe darauf, vom Innenminister ein Bekenntnis zur Kofinanzierung zu hören, wonach zumindest das, was in Bayern bisher angedacht war, in Richtung Städtebauförderung zu lenken, weiterhin verfolgt wird; dann wäre das eine gute Sache. In diesem Punkt will ich aber dem Herrn Innenminister nicht vorgreifen.

Zum Abschluss: Wenn wir hinsichtlich Punkt 1 Einigkeit erzielen würden, dann müssten wir vielleicht nur einen und nicht gleich drei Anträge stellen. Möglich wäre auch ein gemeinsamer Antrag aller fünf Fraktionen in der Richtung: Bayerischer Landtag lehnt drastische Kürzung bei der Städtebauförderung ab. Wenn wir uns dahinter versammeln würden, könnten wir das sicherlich mittragen. Wir können aber vor der Haushaltsberatung ohne Gegenfinanzierungsvorschläge weitergehende Geldforderungen

nicht mittragen. Ich denke, es wäre auch taktisch ungeschickt, in Bayern das Signal zu geben: Ihr könnt in Berlin ruhig kürzen, wir fangen das vor Ort auf. Das wäre eine schwache Verhandlungsposition für diejenigen, die um die Höhe der Städtebauförderung in Berlin kämpfen. Insofern sage ich: Eines nach dem anderen, das heißt, erst in Berlin kämpfen, dann das Ergebnis ansehen, und dann müssen wir sehen, was in Bayern möglich ist. In dieser Richtung möchte ich gerne mit Ihnen zusammenarbeiten. Natürlich versichere ich Ihnen, dass auch ein kommunalpolitischer Sprecher an der Seite derer kämpft, die die Städtebauförderung in Bayern beibehalten wollen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Freien Wähler bitte ich Herrn Glauber an das Redepult.

Thorsten Glauber (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, dass zumindest im Bundesrat der Innenminister das Minderheitsvotum - auch wenn Sie gestern im Europaausschuss nicht zustimmen konnten - vertreten hat.

Die Kürzungen - ich sage das bewusst als ein Vertreter Oberfrankens, einer Region im ländlichen Raum - treffen unsere fränkischen Kommunen, das heißt die Kommunen im ländlichen Raum ins Mark. Wir werden mit diesen Kürzungen enorme Probleme bekommen. Sowohl die Regierungen vor Ort als auch die Ämter für Ländliche Entwicklung verstehen dieses Vorgehen in gar keiner Weise. Erst stockt man die Mittel enorm auf, dann werden die Ämter für Ländliche Entwicklung ausgebaut. Danach weisen die Städte und Kommunen Sanierungsgebiete aus. Jetzt stehen keine Mittel mehr zur Verfügung, um die entsprechenden Sanierungsziele umsetzen zu können. Wenn Sie mit Vertretern der Ämter sprechen, dann fordern diese Kontinuität und nicht ein Hinaus und Hinein. Was ist in diesem Punkt noch zu machen?

Lassen Sie mich ein Beispiel aus Oberfranken bringen: Wenn wir hinsichtlich der Städtebaufördermittel des Bundes von ursprünglich 51 Millionen auf 8 Millionen herabfallen, dann hat das für Oberfranken dramatische Auswirkungen: Wir haben in Oberfran-

ken bisher 10 Millionen Euro vom Bund erhalten, zusätzlich 8 Millionen von der EU und 8 Millionen aus Bayern, also insgesamt 26 Millionen. Jeder investierte Euro hat weitere 7 bis 8 Euro an Investitionen ausgelöst. Wenn Herr Rohde davon spricht, das sei für ihn nicht verständlich, so muss ich sagen: Ein besseres Wirtschaftsprogramm gab es doch überhaupt nicht. Jeder Euro, den wir für die Städtebauförderung ausgegeben haben, hat sich allein aus Steuereinnahmen refinanziert. Insofern verstehe ich die Problematik nicht.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, entschuldigen Sie bitte. Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema bitten. Das wäre sehr nett. Danke schön.

Thorsten Glauber (FW): Es war ein ideales Wirtschaftsprogramm, denn diese Mittel haben sich durch Mehrinvestitionen rentiert. Es ist für die Kommunen und für den ländlichen Raum auch deshalb wichtig, weil diese Aufträge bei den lokalen Unternehmern geblieben sind und damit eine Stärkung der Region bewirkt haben. Wenn wir heute lesen, dass in Oberfranken aufgrund des demografischen Wandels davon gesprochen wird, dass vielleicht ein Stimmkreis wegfällt, dann muss ich sagen: Wir fördern das auch noch, indem wir die Mittel, zum Beispiel die Städtebaufördermittel, nicht zurück in den ländlichen Raum geben. Wir müssen als Abgeordnete dafür sorgen, diesem demografischen Wandel entgegenzutreten, und unseren ländlichen Raum stärken. Deshalb die Bitte: Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Jetzt gebe ich für eine Zwischenintervention Herrn Kollegen Rohde das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Es sollte eine Zwischenfrage werden, aber Intervention ist auch in Ordnung.

Entschuldigung, Herr Kollege, ich habe nicht verstanden, was ich nicht verstanden haben sollte. Wenn Sie vielleicht darauf noch eine Minute verwenden. Wir sind uns völlig einig, dass jeder in die Städtebauförderung investierte Euro zurückkommt und

Steuereinnahmen generiert werden. Das ist unbestritten. Ich konnte Ihnen aber nicht folgen, wo ich Ihnen nicht gefolgt sein sollte. Wir haben doch bei diesem Thema große Einigkeit.

Thorsten Glauber (FW): Aus unserer Sicht dürfen wir nicht heraus. Sie haben gesagt, wir wüssten nicht, wie es ausgehen werde. Ich verstehe das nicht, da Sie an der Regierung sind und damit entscheiden. Wieso reden Sie um den heißen Brei herum, da Sie es doch einfach entscheiden können?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte zuletzt Herrn Staatsminister Herrmann an das Redepult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich es richtig verstanden habe, ist sich das Hohe Haus völlig einig darin, dass die Städtebauförderung für unser Land von eminenter Bedeutung ist und dass wir gemeinsam alles dafür tun wollen, das auf einem höchstmöglichen Niveau zu erhalten. Deshalb habe ich von Anfang an keinerlei Zweifel daran gelassen, dass die Überlegungen hinsichtlich der Kürzungen vonseiten des Bundes aus unserer Sicht klar abzulehnen sind. Der Bundesverkehrs- und der Bundesbauminister haben erstmals am 9. Juni den zuständigen Ausschuss des Bundestages darüber informiert, dass beabsichtigt ist, den Bundesanteil zu halbieren, und zwar de facto von einem Niveau von rund 600 Millionen Euro in diesem Jahr auf rund 300 Millionen Euro im nächsten Jahr. Wir haben in diesem Jahr rund 50 Millionen Euro an Städtebaufördermitteln in Bayern kreieren können.

Ich habe mich daraufhin sofort am 16. Juni an Bundesminister Ramsauer gewandt und darauf hingewiesen, dass das für Bayern von fataler Bedeutung wäre. Unser Ministerpräsident hat sich am 26. Juli an den zuständigen Bundesminister gewandt. Das Thema ist in der Bauministerkonferenz durch Herrn Staatssekretär Eck zur Sprache gebracht worden. In der Bauministerkonferenz ist erfreulicherweise einstimmig von

allen 16 Bundesländern eine entsprechende Resolution beschlossen worden. Der Text dieser Resolution war Grundlage für den Antrag des Landes Berlin in der Bundesratssitzung am vergangenen Freitag, der auch vom Freistaat Bayern unterstützt worden ist. Wir haben in dieser Frage eine breite Übereinstimmung, auch auf Länderebene, und zwar egal, von welcher Partei ein Land regiert wird.

Ich sage an dieser Stelle: Das Thema Städtebauförderung ist von größter Bedeutung für die Stärkung der Infrastruktur in unseren Kommunen. Es ist neben dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz das wichtigste Programm überhaupt, das wir zur unmittelbaren Stärkung der Infrastruktur der Kommunen haben. Entgegen dem, was vielleicht der eine oder andere Laie mit dem Begriff Städtebauförderung spontan verbindet, fließen über 70 % der Mittel der Städtebauförderung in den ländlichen Raum. Das heißt, es ist gerade für die infrastrukturell schwächeren Räume in unserem Land von ganz großer Bedeutung, dass wir Kommunen mit Mitteln der Städtebauförderung entsprechend unterstützen können.

Es ist darüber hinaus aus unserer Sicht falsch, in diesem Bereich zu sparen, weil es zahlreiche Untersuchungen in ganz Deutschland gibt, die zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Mittel der Städtebauförderung ein Vielfaches an Investitionen auslösen. Letztlich erfolgen Investitionen in höherem Maße, als unmittelbar an Mitteln von Land und Bund gezahlt wird. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob es das Sechsfache, Sieben- oder Achtfache ist. Dass aber in Relation zu dem, was an öffentlichen Mitteln eingesetzt wird, ein Vielfaches an Investitionen ausgelöst wird, ist in der Fachwelt völlig unstrittig. Deshalb ist es besonders ungut - daraus mache ich keinen Hehl -, wenn man bei diesen Projekten kürzt.

Wir sind uns darüber einig, dass wir alles tun werden, um die Kürzungen zu verhindern. Die Haushaltsberatungen im Bundestag stehen jetzt an. Wir müssen alle zusammenwirken und gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag - ich habe mich unmittelbar an sie gewandt - täglich deutlich machen, wie wichtig es ist, dass die Mittel im Bundeshaushalt aufgestockt werden. Selbstverständlich werden wir im

nächsten Jahr auch für die notwendige Kofinanzierung sorgen. Ich halte es aber nicht für möglich, aus Landesmitteln einen Ausgleich zu schaffen, wenn der Bund seine Mittel halbiert. So gut geht es uns haushaltsmäßig auch nicht. Umso wichtiger ist unser gemeinsamer Kampf dafür, dass wir bei den Beratungen des Bundeshaushalts im Bundestag Verbesserungen für diese Projekte durchsetzen. Unsere Kommunen und unsere infrastrukturell schwächeren Regionen in Bayern brauchen diese Mittel dringend. Ich freue mich, wenn wir uns darüber weitgehend einig sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu einer Zwischenintervention hat sich Herr Kollege Hanisch gemeldet.

Joachim Hanisch (FW): Herr Minister, nachdem sich beide Seiten dieses Hauses darüber einig sind, dass wir die Kürzung der Mittel ablehnen, frage ich Sie: Wären Sie bereit, unserem Antrag zuzustimmen, wenn wir die Ziffer 2 wegfallen lassen?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich höre ein vielfaches Ja, dem ich mich gerne anschließe. Meine Meinung dazu ist bekannt. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass wir die erste Ziffer Ihres Antrags als klares Votum dieses Hauses beschließen, wäre es ein sehr positives Signal, über das ich mich für die weiteren Auseinandersetzungen in Berlin nur freuen würde.

(Wortmeldung des Abgeordneten Joachim Hanisch (FW))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nein, mehr geht nicht.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Er wollte nur sagen, dass er die Ziffer 2 seines Antrags zurückzieht.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das wissen wir schon, Herr Staatsminister.

(Joachim Hanisch (FW): Dann werden wir die Ziffer 2 unseres Antrags streichen!)

Wir sind hier oben bestens informiert.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, weil wir vom ursprünglich vorgesehenen Abstimmungsmodus etwas abweichen werden. Wir werden zuerst den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drucksache 16/5781 zur Abstimmung stellen, wobei die Nummer 2 gestrichen worden ist. Es bleibt lediglich die Nummer 1 zur Abstimmung bestehen. Als Zweites werden wir über den Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/5794 abstimmen lassen. Danach werden wir über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/5793 abstimmen lassen, für den namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, komme ich zur Abstimmung. Wer der übrig gebliebenen Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags der Freien Wähler auf Drucksache 16/5781 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Damit ist die Nummer 1 des Antrags angenommen worden.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Keine Kürzung der Städtebauförderung" auf Drucksache 16/5794. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktionen der CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/5793. Sie finden die Urnen wie immer an den vorgesehenen Stellen. Die Abstimmungszeit beträgt wie üblich fünf Minuten. Es kann mit der Abstimmung begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 17.05 bis 17.10 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist vorbei. Ich schließe die Abstimmung. Die Karten werden nebenan ausgezählt.

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.09.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Reinhold Perlak, Christa Naaß u. a. und Fraktion SPD; Städtebauförderung erhalten und Programm "Soziale Stadt" auf hohem Niveau fortführen (Drucksache 16/5793)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Dipl.-Designerin(FH) Franke Anne	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rötter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	70	90	0